

medienarbeit

Informationen - Medienpädagogik-Zentrum Hamburg - Medienzentrum Fuhlsbüttel

8

WIR:

kann man das als ^{aschenbecher} ~~schnapsglas~~ nehmen?

OSCAR willroth, vertreter der schulbehörde:

nee, dann sie mal nicht, das ist mein schnapsglas



es so, die neubauplanung der ... daran, daß ein ... hergestellt (Gesundheitsbehörde) war ... her mit ☒ **Steilshoop** 7 vertretern der ge-sundheits-sundheits-behörde-bzw. des ge-sundheits-amtes wandsbek da geht es um das Problem der der raumtie-der diskussion der schwierigkeiten (Belüftung) um steilshoop jene möglicherweise 14 die sich ergeben b-belüftung und ni-16 genügendem der grund, wo 2) lichteinfall, das 16 hängt, das wir Schüler streiken für Neubau

gr. Hamburg, 15. Juni
In einen zweitägigen Streik traten gestern die 800 Schüler der Gewerbeschulen G 10/16 (Mechanik, Elektronik, Nachrichtentechnik) in der Museumstraße in Altona. Sie wollen gegen die Verzögerungen beim Bau ihrer neuen Schule in Farmsen protestieren. Im Senats-Bildungsbericht war der Baubeginn schon für 1973 zugesagt. Weil die alte Schule aus allen Nähten platzt, droht jetzt Schichtunterricht.

Das „Buddel-in“ - symbolische Spatenstiche für die neue Schule

Inhalt

Medienarbeit mit Berufsschülern	3
Videoarbeit im Neubaugebiet Lentersweg	14
Probleme mit Bürgerinitiativen	
"Das kann jedem passieren"	17
Polizeieinsatz gegen "Die Druckerei"	
Medienarbeit und Erfahrungsverarbeitung	25
Anmerkungen zum Projekt "Jugendarbeitslosigkeit - Herstellung einer Ton-Dia-Schau"	
Kabelfernsehen in der BRD	33
Teil 1: Pilotprojekte in Sicht?	
"Wir hörten und staunten"	45
Über die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit öffentlich-rechtlichen Anstalten Teil 2	
Videoausbildung in der Hochschulausbildung	47
Zur Konzeption und Struktur der Berliner Tagung an der PH	
Neue Videofilme im MPZ-Videoverleih	50

Medienarbeit mit Berufsschülern

Vorausgegangene Kontakte

Einige Schüler hatten an dem Film "Wir wollen ja was lernen" (von B. Krause u.a., ein 16mm Film, den wir auch auf Video überspielt im Verleih haben) mitgearbeitet. Auf Grund dieses Kontaktes ergab sich dann eine Mitarbeit von einzelnen an einem MPZ-Medienprodukt zur Jugendarbeitslosigkeit und Sparpolitik. Des weiteren kannten einzelne Berufsschüler das MPZ durch Videovorführungen.

Konfliktsituation

Schon vor einigen Jahren wurde aus der Gewerbeschule G 10 in Hamburg die Gewerbeschule G 16 (Nachrichten-, Feinwerk- und Zeitmeßtechnik) abgetrennt. In einem Gebäude waren jetzt zwei Schulen untergebracht mit steigenden Schülerzahlen. Seit 1972 plante man den Neubau für die G 16, 1973 sollte Baubeginn sein. Doch dieser zögerte sich immer wieder hinaus. Trotz mehrfacher Eingaben an die Schulbehörde, einer Fragebogenaktion - initiiert von den Lehrern - kam keine verbindliche Auskunft. Als jetzt im Frühjahr 1976 bekannt wurde, daß auf Grund der katastrophalen räumlichen Situation Schichtunterricht eingeführt werden sollte, wurden die Schüler selbst aktiv.

Auf einer Schülervollversammlung der G 16 Anfang Juni,

an der 80 Schüler teilnahmen, wurde die Vorbereitung eines Warnstreiks zusammen mit der G 10 beschlossen. Da 80 Schüler nur aus der G 16 keine Basis für einen Streik bedeuteten, mußte also breiter mobilisiert werden. Ein vom Schülerrat legitimiertes offenes Streikkomitee organisierte dann fast jeden Tag Flugblätter, Wandzeitungen und Pausenversammlungen. Das wichtigste war jedoch die Disussion in den Klassen und die Organisation von Streikabstimmungen in jeder Klasse, soweit es möglich war und die Lehrer es zuließen. Gut die Hälfte der Schüler wurden erreicht und von diesen sprachen sich 75 % für einen Streik aus. Daraufhin beschloß der Schülerrat für den 14. Juni einen Warnstreik.

Zu diesem Zeitpunkt wurde im MPZ nachgefragt, ob wir nicht den Warnstreik mit Video dokumentieren wollten. Wir taten dies, obwohl wir in dieser Situation nicht die Entstehung mitdokumentieren konnten, einerseits um in den Konflikt konkret eingreifend die Schüler zu unterstützen, zum anderen aber auch um auf der Grundlage einer umfassenderen Zusammenarbeit eine längerfristige Perspektive in diesem Bereich zu entwickeln.

Ablauf des Warnstreiks

Am Morgen des 14. Juni wurden zunächst Flugblätter verteilt. Die ersten beiden Stunden nutzte man zur Diskussion und letzten Vorbereitung in den Klassen. In der Pause wurde eine Kundgebung mit kurzen Beiträgen zur

- Begründung und geplanten Verlauf der Aktion
 - Sparpolitik
 - Rolle der Lehrer und Berufsverbote
 - geplantem Schulgesetz
- gehalten.

Nach dem Vorspielen eines Schulkampf-Liedes begann die Demo mit ca. 600 Schülern (ca. 60 %). Einige Lehrer beteiligten sich ebenfalls. Eine Reihe ausländischer Kollegen besuchte die G 10/16, sie solidarisierten sich überwiegend, nahmen aber aus naheliegenden Gründen (zu erwartende Repressionen) an der Demo nicht teil. Weiterhin ist noch anzumerken, daß nur wenige Frauen die Schule besuchen, weil in die der Schule zugeordneten Berufe erst allmählich Frauen gelangen. Jedoch waren gerade diese Frauen in der Aktion und der Vorbereitung sehr aktiv.



Das „Buddel-in“ — symbolische Spatenstiche für die neue Schule

Nachdem sich Berufsschüler anderer Schulen im Bezirk solidarisierten, betrug die Stärke der Demo bei Ankunft am Altonaer Bahnhof ca. 800. Nach gemeinsamer Fahrt - verbunden mit Agitation in der U-Bahn - zum geplanten Baugelände wurden dort symbolische Spatenstiche getätigt. Da keine Verantwortlichen aus der Schulbehörde erschienen (trotz Zusage auch der Schulleiter nicht), - auch die Presse war nicht anwesend - beschloß man die Verantwortlichen in der Schulbehörde selbst aufzusuchen.

Eine Delegation wurde vom für den Neubau verantwortlichen Oberschulrat Willrodt empfangen und unverbindlich vollgequatscht. Die Schüler hatten sich keine Illusionen über kurzfristige Erfolge gemacht. Hauptziel war es, Öffentlichkeit herzustellen. Es wurde erreicht, daß am nächsten Tag sämtliche Hamburger Zeitungen kleine Bericht brachten - wenn auch z. T. sehr verzerrt, und auch im NDR-Magazin "Umschau am Abend" lief ein kurzer Beitrag.

Videoarbeit während des Warnstreiks

Sämtliche Aktivitäten am 14. Juni wurden von einem MPZ-Mitglied aufgezeichnet, unterstützt von einigen interessierten Lehrlingen. In der Nacht wurde dann mit zwei Lehrlingen eine Kurzfassung erstellt, die vor allem das Gespräch mit dem Oberschulrat beinhaltete, und am nächsten Tag in einer Pausenversammlung vorgeführt. Sowohl der Film als auch die anschließende Rede des Blocksprechers, in der er die gelaufenen Aktionen auswertete, wurde mit starken Beifall aufgenommen. In dieser Versammlung haben wir auf die Notwendigkeit der Medienarbeit hingewiesen, eine Liste herumgehen lassen, um die anzusprechen, die Lust hatten, das Material wei-

ter zu bearbeiten: haben Geld gesammelt und die Zusage bekommen, daß aus der Streikkasse zwei Videobänder angeschafft werden.

Diese Pausenversammlung haben wir ebenfalls aufgenommen, ebenso eine spontane Fete am Abend, wo auch das von den Lehrlingen erarbeitete Neubau-Lied der G 10/16 gespielt und gesungen wurde. Eine Woche später wurden dann noch einmal Aufnahmen gemacht während einer Diskussion unter den aktiven Schülern, in der die gelaufene Aktion ausgewertet und weitere Schritte auch in der Videoarbeit besprochen wurden.

Dabei wurden für die Videoarbeit folgende Aufgaben benannt:

- zu zeigen, wie man Aktionen in Eigeninitiative angeht
- zur Vertiefung der Arbeit beizutragen, d.h. die Berufsschüler des gelaufenen Blocks über den Zusammenhang zwischen Nicht-Bau der G 16 und anderen Maßnahmen (Sparpolitik...) weiter zu informieren
- zur Information des nächsten Blocks an der G 10/16 beizutragen
- andere Berufsschulen und Schulen zu informieren und zur Vorbereitung der Aktionen und dem Zusammenschluß beizutragen
- darüberhinaus soll er allen Interessierten gezeigt werden (Jugendzentrumsinitiativen, ...)
- häufig tauchte auch die Frage auf, ob der Film im TV gezeigt werden könnte. Verwiesen wurde auf "direkt" und "teamwork". Wir haben aber vor Illusionen gewarnt. In der weiteren Arbeit spielte diese Frage dann keine Rolle mehr



Erste Phase der Erstellung eines Video- produktes

Am Anfang machten etwa 10 Lehrlinge ziemlich begeistert mit. Die Produktion wurde als Teil der gesamten politischen Arbeit gesehen. Ein weiteres Motivationsmoment war wohl, daß sie alle eine Berufsausbildung im elektrotechnischen, bzw. elektronischen Bereich machten.

Es wurde ein Grobkonzept erarbeitet, einige zusätzliche Aufnahmen wurden von den Schülern selbst erarbeitet. Es zeigte sich, daß die inhaltliche Aufarbeitung von den Lehrlingen getragen werden konnte, einschließlich einiger Schwierigkeiten politischer als auch "persönlicher" Art, die unter den Lehrlingen zum Tragen kamen. Die formale Strukturierung und Kontinuität mußte allerdings vor allem von dem MPZ-Mitglied in die Hand genommen werden.

Da aber inzwischen Urlaubszeit war, ließ die Beteiligung stark nach. Dazu kam, daß der MPZ'ler, der die Zusammenarbeit bisher organisiert hatte, nicht mehr weitermachen konnte, da er zum Bund mußte.



Politische Erkenntnisse aus der Schnittarbeit an einem Beispiel

Ein anderes MPZ-Mitglied übernahm jetzt die Arbeit, einmal weil wir es für notwendig erachteten, längerfristig mit den Berufsschülern zusammenzuarbeiten und zum anderen, weil die Video-Produktion noch nicht endgültig zusammengeschnitten war. Die Video-Produktion war zu diesem Zeitpunkt soweit fertig, daß das Gespräch mit dem Oberschulrat (etwa 20 Min. Bandmaterial) verarbeitet werden mußte. Drei Lehrlinge arbeiteten noch kontinuierlich mit.

Bisher wurde dies Gespräch als "Geseibel" und überflüssiges Geschwätz abgetan. Wir schauten uns das Material mehrmals an, tippten das Gespräch ab und versuchten es zu analysieren. Dabei stellten wir fest, daß das "Geseibel" sich vor allem auf die Form bezieht, auf das "drum-herum-Gerede", mit dem versucht wird abzulenken. In Nebensätzen, in kleinen Andeutungen werden Standpunkte sehr deutlich, wenn man sie wahrnimmt, sie in einen Zusammenhang stellt und dann ihre Bedeutung sich klar macht.

So behauptete der Oberschulrat z.B., daß der Neubau an der "Raumtiefe und der Größe der Labore" hängt, an ganz anderer Stelle hängt es von einem Gesundheitsamt ab und vom sog. "Steilshoop-Problem". Die Schüler bekamen es nicht so richtig auf die Reihe. Im MPZ hatten wir damals ein kleines Band zum "Steilshoop-Problem" gemacht und schauten es uns an. Damals hatten Schüler und Eltern, unterstützt von Lehrern an einer Gesamtschule einen Schulstreik gemacht, da auf Grund fehlender Be- und Entlüftungsanlagen Schüler und Lehrer chronische Rachenentzündungen bekamen. Auf Grund dieser Hintergrundinformation wurde klar, daß dem Oberschulrat mit seinem

technischen Standpunkt zugleich die Gesundheit der Schüler total egal war; mehr noch die Gesundheit der Schüler war für ihn einfach ein Hindernis auf dem Wege eine Sparschule durchzusetzen (die Sparauflagen waren von ihm an anderer Stelle wiederum nur kurz angedeutet worden). Als wir jetzt die Zusammenhänge klar bekamen, entstand eine reichliche Empörung gegen diesen Typen, es wurde klar, daß man nicht nur einem abstrakten System gegenübersteht, sondern daß dies auch konkret von einzelnen Personen vertreten wird.

Wir diskutierten unsere Erkenntnisse mit anderen und es zeigte sich allerdings, daß diese Empörung nur sehr bedingt nach außen zu vermitteln war, da diese vor allem auf Grund einer intensiven Beschäftigung "gewachsen" war und das Ergebnis für andere wieder "systemtypisch" aufgefaßt wurde. Als nach der Urlaubszeit sich aktive Schüler noch einmal zusammensetzten, um die Streikauswertung und die Weiterarbeit zu diskutieren,



wurde allerdings auch klar, warum von der Schulbehörde relativ wenig Repressionen zum Streik selbst stattgefunden haben. Man hatte den Streik begrenzt toleriert, da man über ihn ein Druckmittel gegen das zuständige Gesundheitsamt hatte, obwohl immer noch unklar blieb, ob der Neubau nicht doch insgesamt im Rahmen der Sparpolitik hinausgeschoben oder gar ganz auf Eis gelegt werden sollte.

Anmerkung:

Wir haben diesen Teil relativ ausführlich beschrieben, um aufzuzeigen, warum wir meinen, daß die Unterscheidung zwischen Prozeß- und Produktorientiert einen nicht vorhandenen Widerspruch konstruiert, wenn man die Medienarbeit einordnet in die stattfindenden sozialen Prozesse.

Probleme der Weiterarbeit

Aus dem zuvor geschilderten Prozeß ergab sich jetzt eine Schwierigkeit für die Weiterarbeit an der Video-Produktion: Bisher war der Film so geschnitten, daß einfach der Ablauf der Aktivitäten wiedergegeben wurde. An dem Oberschulrat war sich aber inhaltlich-politisch so abgearbeitet worden, daß das Bedürfnis vorhanden war, dies im Film auch umzusetzen. Es erwies sich jedoch als formal sehr schwierig, da im Gespräch selbst die Interessen der Schulbehörde in Andeutungen herauskommen, und das Verständnis der Lehrlinge vor allem auch im Zusammenhang anderer Erfahrungshilfen gelaufen ist.

Um den Film im ersten Block nach der Urlaubszeit einzusetzen, hatte ein Lehrling - der jetzt wieder im Betrieb arbeitete - zwei Tage krank gefeiert, und den Analyse-Teil allein hergestellt. Abgesehen von politisch organisatorischen Schwierigkeiten in diesem Block, zeigte sich jedoch, daß sich diese Analyse

nicht vermittelte. Es war ein Bruch zum Aufbau des vorangegangenen Teil, der sehr viel Action zeigte und die Zuschauer hatten das Gefühl, daß am Schluß jetzt alles unheimlich abfiel. Ein zusätzliches Problem war,



daß der Teil formal nicht sehr schlüssig ausgearbeitet war, was gewiß auch daran liegt, daß das betreuende MPZ-Mitglied selbst in einen Arbeitskampf zu dieser Zeit verwickelt war und keine klaren formalen Vorstellungen hatte, mit denen er die Kollegen hätte unterstützen können.

Nach der Urlaubszeit arbeiteten die Lehrlinge, die bisher kontinuierlich mitgemacht hatten, alle wieder im

Betrieb. Da sie nicht nur an der Videoproduktion beteiligt waren, sondern auch sonst aktiv politisch sich betätigten (So haben wir z.B. während einer Sitzung ein Flugblatt erstellt, und einige Lehrlinge arbeiteten auch an einer Dokumentation mit, die ebenfalls zur Vermittlung der Streikerfahrungen für den nächsten Block diente. Sie wurde allerdings unabhängig vom MPZ von einer Kollegengruppe erstellt), gab es bei den allwöchentlichen Terminen, nach einem Achtstundentag Schwierigkeiten in der Konzentration, was einen sichtbaren Fortschritt der Arbeit hemmte. So haben wir es in sechs Wochen kaum geschafft die Analyseteil umzustukturieren und es kamen ziemliche Frustrationen auf. Das MPZ-Mitglied hat sich daraufhin an einem Wochenende hingesetzt - zeitweilig zusammen mit einem Lehrling - und hat versucht auf Grundlage einer überarbeiteten Konzeption das Band zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen.

Im Moment sieht es so aus, daß wir uns vorgenommen haben, als Gruppe unsere bisherigen Erfahrungen zusammenzufassen, um mit anderen Kollegen der Schule noch einmal die Konsequenzen zu diskutieren.

Dabei werden folgende Punkte zur Diskussion stehen:

- Welche politischen Erfahrungen kann man aus dem Streik anhand des Filmes ziehen
- Welche Bedeutung hatte die Medienarbeit für die beteiligten Schüler
- Wie kann man das Produkt einsetzen, kann eine Begleitung durch Schüler der G 10/16 organisiert werden, wie sollen die Einsätze ausgewertet werden
- Wo und wie ist es sinnvoll, die Videoarbeit fortzusetzen, zu Fragen des Neubaus, zu anderen Fragen, ist es überhaupt sinnvoll mit Video kontinuierlich zu arbeiten
- Welchen politischen Stellenwert hat die Videoarbeit im Vergleich zu anderer Medienarbeit (Flugblätter, Zeitung, Wandzeitung)

Videoarbeit im Neubaugebiet Lentersweg

Am Lentersweg in Hamburg-Hummelsbüttel findet zweimal jährlich ein Frühlings- bzw. Sommerfest statt, das von der Interessengemeinschaft um den Lentersweg e.V. (einer Bürgerinitiative zur Förderung der Jugendfreizeit) veranstaltet wird. Beim Frühlingsfest dieses Jahres im Mai wollten wir einen Informationsstand aufbauen, von unserem Bus aus Videoproduktionen zeigen und Aufnahmen von dem Fest und Interviews mit Teilnehmern machen. Zusätzlich hatten wir mit der Jugendgruppe vom benachbarten Ohkampring, mit der wir schon längere Zeit zusammen Medienarbeit gemacht hatten, einen kleinen Videobeitrag produziert, um die Eltern über die Aktivitäten der Jugendlichen im MeFu zu informieren.

Als wir den Vorstand der Interessengemeinschaft über unser Vorhaben informierten, reagierte er zunächst abweisend. Er wolle das nicht so gern, dies sei ein völlig unpolitisches Fest und wir wären doch irgendwie links; und da ist doch mal etwas vorgefallen in Zusammenhang mit dem Knast. Durch ein längeres Informationsgespräch ließ er sich schließlich doch halbwegs überzeugen. Wir nahmen also wie geplant am Frühlingsfest auf, das neben einem Musikfrühschoppen für die Älteren, für die Kinder kaum mehr als Ponyreiten und einen Flohmarkt bot.

Über dieses Fest stellten wir ein Videoband zusammen, in dem die Konsumorientierung und die kaum vorhandene Anregung zu gemeinsamen Handeln kritisiert wurde. Dieses Videoband führten wir während des Sommerfestes im August vor, diskutierten mit Besuchern und nahmen die Festaktivitäten mit Video auf. Zwar wurde bei diesem Fest wesent-

lich mehr für die Kinder angeboten (Wettspiele, Fußball, Kasperletheater), und das große Freizeitgelände stand dafür an zwei Tagen zur Verfügung, jedoch waren diese Angebote - wie beim Frühlingsfest - zum größten Teil nicht dazu geeignet, die Jugendlichen zu gemeinsamen Aktivitäten anzuregen. Bei den Wettspielen mußten sie in Konkurrenz zueinander antreten oder konnten bei anderen Angeboten nur passiv zuschauen. Da wir zur nächsten Mitgliederversammlung die Gelegenheit bekommen sollten, eine Videoproduktion über das Sommerfest vorzuführen, wollten wir durch eine besser strukturierte Kritik am Fest und Alternativvorschlägen zur Diskussion weiterer Aktivitäten der Interessengemeinschaft beitragen.

Nach der Vorführung der Produktion "Sommerfest am Lentersweg" vor ca. 50 Mitgliedern der Bürgerinitiative entstand eine heftige Diskussion über das Fest, in der die Kritik aus unserer Produktion aufgegriffen wurde. Auch die mächtige Position des Vorstands und die geringen Möglichkeiten der Mitglieder zur Mitentscheidung bei der Planung von Aktivitäten (Mitgliederversammlungen finden nur vierteljährlich statt) wurden kritisiert. Es wurde gefordert, daß sich die Interessengemeinschaft auch über die 2 Feste im Jahr hinaus mehr um die Jugendlichen kümmert, und einige verlangten die Änderung der Satzung, um den Vorstand die bisher praktizierte alleinige Entscheidungskompetenz zu nehmen. Die Diskussion über das Fest wurde schließlich vom Vorsitzenden abgebrochen, indem ein neuer Termin hierfür im Oktober vorgeschlagen wurde. Hier sollte dann unsere Videoproduktion noch einmal gezeigt und ausführlich diskutiert werden.

Drei Tage nach dieser Mitgliederversammlung erschien der Vorsitzende im MeFu und verlangte die Änderung der Videobandes. Nach seiner Vorstellung hätten wir die Festaktivitäten in Ausschnitten aneinanderreihen sollen. "Eine Kritik hätte doch vorher mit dem Vorstand abgesprochen werden müssen". Zu einer weiteren Vorführung der Produktion erklärte

er sich nur bereit, wenn dieser nach seinen Vorstellungen geändert würde.

Wir meinen, daß nur die Mitglieder selber bestimmen können, welche Kritik berechtigt ist und welche nicht. Erst aus einer solchen gemeinsamen Diskussion könnte sich eine Veränderung der Videoproduktion ergeben. Aber schon die Mitgliederversammlung hatte gezeigt, daß von vielen Mitgliedern dieselbe Kritik geäußert wurde, und diese sich durch die Produktion bestärkt fühlten. Der Vorstand, der Diskussionen und der Kritik seiner Position ausweichen will, weigert sich nun, die beschlossene Versammlung im Oktober einzuberufen.



Jetzt wäre es notwendig, daß die an einer Diskussion interessierten Mitglieder durch eine Unterschriftenliste o.ä. die Einberufung einer Sitzung vom Vorstand erzwingen. Da wir vom MeFu keine Mitglieder, sondern Außenstehende sind, können wir nicht selber die Initiative ergreifen, werden aber eine solche unterstützen.

"Das kann jedem passieren"

Polizeiinsatz gegen "Die Druckerei" "Die (Druck)maschinen sind viel gefährlicher als MG's" (ein Zivilbeamter)

In Hardebek (Schleswig-Holstein) wurde am Abend des 27.9. "Die Druckerei" von einer Hundertschaft schwerbewaffneter Polizei in einer Nacht- und Nebelaktion 'überfallen'.

"Die Druckerei" hat sich sofort mit einer Erklärung - die wir im folgenden abdrucken - an die Öffentlichkeit gewandt. Über die geschilderten Vorfälle hat das MPZ zusammen mit der Druckerei Hardebek einen Videofilm hergestellt.

Neben einem ausführlichen Bericht des Ablaufs der Polizeiaktion wird auch auf die Berichterstattung durch die Presse sowie auf Rundfunk- und Fernsehbeiträge eingegangen.

Weiter enthält der Videofilm Interviews mit Dorfbewohnern über die Polizeiaktion sowie mit dem für die Leitung des Einsatzes zuständigen Polizeibeamten.

Nach einer Einschätzung der Polizeiaktion schildern die Hardebeker die Erfahrungen, die sie daraus gewonnen haben:

"... das kann jedem passieren."

"Im Grunde genommen haben die genau das Gegenteil erreicht, daß uns wirklich die Augen geöffnet worden sind darüber, was in unserem Modell Deutschland für Zustände herrschen."

Daß die Polizeiaktion gegen die Hardebeker mit der Nacht- und Nebelaktion vom 27.9. noch nicht abgeschlossen ist (obwohl die gegen die Hardebeker Druckerei erhobenen Anschuldigungen zurückgenommen werden mußten), machen Ereignisse und Einzelheiten deutlich, die nach der Veröffentlichung des Berichts der Hardebeker bekannt wurden.

So erschien ca. vier Wochen nach dem Polizeiüberfall ein Polizeibeamter bei den Eltern zweier Mitarbeiter der Druckerei. Unter dem Vorwand 'Verdacht auf Waffenbesitz und Waffenschmuggel' wollte er Einzelheiten über die Hardebeker erfahren. Bei seinem Besuch hatte er gleich Angaben, Fotos, Fingerabdrücke mitgebracht, die bei der erkennungsdienstlichen Behandlung am 27.9. gemacht worden sind.

Für die Vermutung, daß die Aktion auch von langer Hand vorbereitet wurde, sprechen weitere Vorfälle, die lange vor dem 27.9. liegen.



So war bei einer Mitbewohnerin vor ca. einem halben Jahr ein Beamter des Verfassungsschutzes erschienen, der versuchte, sie über die Druckerei auszufragen; so war einer der Betroffenen schon Wochen vor dem Überfall an der deutsch-französischen Grenze vom Zoll durchsucht worden, mit der Bemerkung, da sei etwas 'vorgemerkt'. Schließlich versuchte auch der Ortspolizist ständig, Einzelheiten über die Druckerei zu erfahren und reagierte auf die Abweisung durch die Drucker mit 'wir können auch andere Saiten aufziehen'. (was ja dann auch geschehen ist)

Neben der offensichtlich langfristigen Vorbereitung der Polizeiaktion durch Ermittlungen und Bespitzelungen fällt auch der Übungscharakter der Aktion auf. So waren daran Einheiten des MEK, des Bundesgrenzschutzes, der uniformierten und zivilen Polizei beteiligt, die ein regelrechtes Planspiel abzogen.

Flugblatt der Druckerei

Bericht über die Nacht- und Nebelaktion der Polizei und des Bundesgrenzschutzes am 27.9. 1976

Dieser Bericht kann nur unvollständig sein, da die Situation wegen der Polizeiübermacht nicht zu überblicken war. Wir bemühen uns trotzdem um sachgemäße Darstellung:

Gegen 22.30 Uhr wurde unser Haus von BGS- und Landespolizeinheiten umstellt und mit riesigen Scheinwerfern ausgeleuchtet, nachdem aufmerksam gewordene Dorfbewohner in ihre Häuser zurückgejagt wurden, mit der Begründung: "Es könne gefährlich werden und knallen." Vor dem Haus wurde mindestens 1 MG aufgebaut. Die Beamten klopfen und verlangten Einlaß. Als die Tür offen war, drangen sofort 2 Zivile und 10 BGSer mit MPs im Anschlag in unser Haus ein, die Eingangshalle wurde besetzt. Während ein Ziviler sich als erstes darum kümmerte, daß keiner von uns zum Telefon ging, strömten immer mehr Bewaffnete ins Haus. Ein Anruf beim Anwalt wurde nach einigem Hin und Her gestattet, der aber um diese Uhrzeit nicht mehr zu erreichen war. Anruf bei Eltern wurde verwehrt! Außer Satzbruchstücken wie: "Gefahr im Verzuge", "Hausdurchsuchungsbefehl brauchen wir nicht, lesen sie im StGB nach",

"Illegaler Waffenbesitz, Verstecken von MP's,"
"Kriminelle Vereinigung",

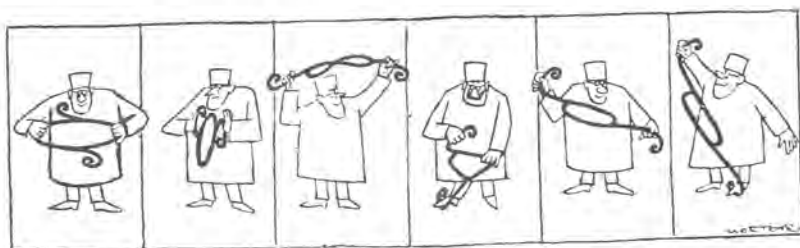
wurde dieser Polizeieinsatz in keinster Weise begründet oder legitimiert. Die vermutlich leitenden Beamten weigerten sich, Ausweise zu zeigen oder Namen zu nennen; eine Rechtsmittelbelehrung fand ebenfalls nicht statt. Zu diesem Zeitpunkt war bereits das ganze Haus (22 Räume) von den schwerbewaffneten Einheiten besetzt. Während des Gesprächs mit den vermutlich leitenden Beamten begannen bereits ca. 10 Zivile alle Räume zu fotografieren, numerieren, Fingerabdrücke abzunehmen und einen Grundriss des Hauses anzufertigen. Diese Aktionen hatten zu dem Zeitpunkt bereits einen Umfang angenommen, der für uns nicht überschaubar geschweige denn kontrollierbar war.

Unsere Personalien wurden aufgenommen, dann versuchten wir mit den Beamten eine Verhandlungsbasis zu finden. Wir beriefen uns auf das Recht bei der Durchsuchung der Räume zugegen sein zu dürfen. Daraufhin wurde uns gesagt, daß mit der Durchsuchung der Räume noch gar nicht begonnen worden wäre, sondern daß die Räume erst einmal grob vorinspiziert würden, um dann festzulegen, welche einer genaueren Durchsuchung unterzogen würden. Bei diesen genaueren Durchsuchungen sollte jeweils jemand von uns zugegen sein. Diese Zusicherung wurde nicht eingehalten, ein befragter Beamter begründete dieses rechtswidrige Vergehen mit dem Ausspruch: "Dann wären wir ja morgen früh noch hier!"



Im Laufe der Untersuchungen stürmten die bewaffneten Beamten jeden Raum, postierten sich in den Eingangstüren. andere folgten uns mit der MP im Anschlag auf Schritt und Tritt. Unser einjähriges Kind wurde entgegen der Zusicherung einer Kripobeamtin von Soldaten geweckt, die dann am Bett Wache standen.

Es wurde uns gesagt, daß wir uns alle einer ED-Behandlung zu unterziehen hätten. Während der laufenden Durchsuchung wurden dann drei der Hausbewohner weggefahren, wodurch die Durchsuchung für die verbliebenen drei Hausbewohner noch unkontrollierbarer wurde. Den drei Abtransportierten wurde erst im Mannschaftswagen der Polizei (neben jedem Hausbewohner saß ein bewaffneter Beamter) gesagt, daß die Fahrt zum ED Neumünster gehe. Während der ED-Behandlung wurde den dreien verboten miteinander zu reden.



Im folgenden können nur Szenen beschrieben werden, da eine zusammenhängende Darstellung wegen des Umfangs der Untersuchungen nicht möglich ist.

Auf der Suche nach Maschinengewehren wurden sämtliche Räume genauestens kontrolliert. Persönliche Briefe wurden gelesen, Bücher begutachtet, die gesamten Geschäftspapiere wurden durchgesehen, wobei die Beamten sich handschriftliche Notizen machten. Unsere Telefonrechnungen wurden als verdächtig hoch bezeichnet, ein an einen außenstehenden Verleger vermieteter Raum wurde trotz unseres Hinweises ohne dessen Anwesenheit durchsucht. Alle Druckplatten, Montagefolien, Repromaterial, Makulatur und sämtliche anderen Gegenstände,

aus denen ersichtlich wird, was und für wen wir drucken, wurden einer genauesten Untersuchung unterzogen. An vielen glatten Flächen (Türen, Kühlschrank, Waschmaschine, Bierflaschen, Tassen, Gläser, Arbeitstischen) wurden Fingerabdrücke abgenommen, aus unseren Kameras wurden unbelichtete Filme herausgenommen, Schriftproben von Schreibmaschinen wurden abgenommen. Als einer der Bewohner fragte, wie denn eine Durchsuchung der Druckerei zu rechtfertigen sei, wo doch angeblich nach Maschinengewehren gesucht werde, antwortete ein Zivilbeamter - auf die Druckmaschine zeigend -: "Was ist das denn, die Maschinen sind doch viel gefährlicher als MG's".

Ca. gegen 1.00 Uhr sind die ED-Behandelten aus Neumünster zurückgekehrt und konnten nur noch den Schluß der Untersuchungen feststellen. Die restlichen drei Hausbewohner fuhren im eigenen Wagen in einer Polizeikolonne zur ED-Behandlung nach Neumünster und waren gegen 2.15 Uhr zurück.

Bis zum Ende der Aktion hat sich keiner der Beamten ausgewiesen, keiner hat Namen genannt. Man sagte uns, diese Aktion lief auf Veranlassung des Bundesgeneralanwaltes Buback. Im Durchsuchungsprotokoll stand als Grund § 129a.



Zu weiteren Vernehmungen werden wir nach Aussagen der Beamten geladen werden.

Beschlagnahmt wurden: 1 Schlagring, 1 MG-Gurt, 3 Filme aus den Kameras, 2 handschriftliche Notizen, 1 Luftpistole, Knallkörper, sowie diverse Patronen, die wir nach einem Bundeswehrmanöver vor unserem Haus auf sammelten.

Außer einem Schaden an einer Nähmaschine konnte nichts dergleichen festgestellt werden. Gewalttätigkeiten an Hausbewohnern fanden nicht statt.

Erklärung der Abkürzungen:

BGS - Bundesgrenzschutz

ED - Erkennungsdienst (Fingerabdrücke, Lichtbilder)

Verantwortlich: DIE DRUCKEREI, Jungfernstieg 12a 2351 Hardebek Tel. 04324/740

Zu uns:

Wir sind eine Gruppe von sechs Erwachsenen und einem Kind, die kollektiv eine Offsetdruckerei betreibt. Wir drucken zum größten Teil für Kunden, wie sie jede andere Druckerei auch hat. Wir druckten in der Vergangenheit auch für Linke und werden dies auch weiterhin tun. Und genau darum ging es unserer Meinung nach bei dieser Aktion:

Wir sollten als Druckerei-Kollektiv kriminalisiert und unter Druck gesetzt werden!

Wir hoffen, daß sich jeder, der dieses Schreiben liest, überlegt, wie weit die Demokratie in unserem Lande schon abgebaut ist!

Unsere Meinung:

Die angeblich gesuchten MGs waren nur ein vorgeschobener Grund, um wenigstens den Versuch zu unternehmen, die Polizei-Aktion zu rechtfertigen. Der Beweis dafür ist, wie und wo nach den angeblichen Waffen gesucht wurde. Eine Beamtin sagte sinngemäß:

"Nun sagen Sie doch schon, wo die MGs sind."

Auf die Antwort eines Hausbewohners, daß sowieso nicht nach den Waffen gesucht würde, meinte die Beamtin mit gespielter rechtsstaatlichem Verständnis:

"Wir suchen nur nach Maschinengewehren und haben dafür einen begründeten Verdacht."

Anschließend beteiligte sich die gleiche Beamtin an der Suche nach MGs zwischen Buchseiten, persönlichen Briefen und Geschäftspapieren. - Welch ein Hohn.

Ein weiterer Ausspruch dieser Beamtin war, daß wir einzig und allein schon durch unsere kollektive Lebens- und Arbeitsform genügend Verdachtsmomente bieten würden.

Warum hat die Polizei die Aktion bei Nacht und Nebel durchgeführt?

Warum wurde unsere Verpächterin ins Haus zurückgeschickt, als sie nachsehen wollte, was mit uns passiert?

Das Verhalten der Polizei und die ganze Aktion selbst war nur darauf ausgerichtet, uns einzuschüchtern, angstzumachen und zu verunsichern. Wir hatten die ganze Zeit über ein schreckliches Gefühl der Ohnmacht, Empörung über das offen kalkulierte rechtswidrige Vorgehen der Polizei.

Nach dieser Aktion wissen wir, daß wir kein Einzelfall sind, daß hier und heute in der BRD die Gesetze staatlich abgesichert mit Füßen getreten werden.

Ein Korrespondent der "Frankfurter Rundschau" meinte, als wir ihn fragten, ob er einen Artikel über die Aktion schreiben würde, daß solche Terrorakte tagtäglich passieren, und daß so ein Artikel wohl kaum veröffentlicht werde. Diese staatlichen Aktionen passieren, ohne daß die Öffentlichkeit davon etwas erfährt oder nur ahnt, was uns auch durch Gespräche mit Nachbarn, die sich nicht trauten, Licht anzumachen oder auch nur die Gardine zu bewegen, bestätigt wurde. Durch dieses bewußte Verschweigen sind wir gezwungen, solche Polizeieinsätze selber zu veröffentlichen.

Wir bitten jeden, der von ähnlichen Repressalien betroffen ist oder davon weiß, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit man gemeinsam überlegen kann, wie gegen so eine Willkür vorgegangen werden kann.

Medienarbeit und Erfahrungs- verarbeitung

Anmerkung zum Projekt "Jugendarbeitslo- sigkeit-Herstellung einer Ton-Bild-Schau"

In diesem Info wollen wir uns mit einem Projekt der Pro-
duktionsgruppe Jugend- und Bildungsarbeit, Medienzentrum
Charlottenburg, auseinandersetzen, das in "Ästhetik und
Kommunikation" (24/76) und in Medium (6/76) ausführlich
dargestellt wurde.

Dieses Projekt ist sicher nicht repräsentativ für politisch-
pädagogische Medienarbeit im Jugendfreizeitbereich - eher
ein Extrem in dem Sinne, daß versucht wird, so konsequent
wie möglich, Medien als Mittel der Selbstdarstellung und
Erfahrungsverarbeitung zu benutzen, indem Lebenserfahrungen
arbeitsloser Jugendlicher mit Hilfe des Mediums Ton-Bild-
Schau dokumentiert und untersucht werden, ohne daß von
Seiten der Medienarbeiter in den Arbeits- und Lebenszu-
sammenhang der Jugendlichen eingriffen und eine Handlungs-
perspektive angestrebt wird.

Aber gerade der von der Gruppe hervorgehobene Prozess- und
Untersuchungscharakter der Arbeit, sowie das Ziel "politisch-
soziale Lernprozesse durch Mediengebrauch" zu fördern, deckt
sich mit dem Anspruch vieler Pädagogen, die im Jugendfrei-
zeitbereich mit Hilfe von Medien politische Bildungsarbeit
betreiben.

Von daher scheint uns eine Auseinandersetzung mit dem Pro-
jekt der Berliner angebracht.

Dazu kommt, daß hier wie bei kaum einem anderen Projekt Untersuchung und Kritik möglich (und notwendig) werden durch die umfangreiche Darstellung der Produktionsbedingungen, der Intentionen und Voraussetzungen der Medienarbeiter, des Produktionsablaufs und auch der Einsatzerfahrungen, die sicher nicht ohne Einfluß auf die Theoriebildung und auch auf die Praxis der Medienarbeiter im Jugendfreizeitbereich bleiben werden.

Gegenstand und Zielsetzung des Projekts

Ausgangspunkt des Projekts war die Überlegung der Medienarbeiter, auf Grund der allgemeinen Arbeitslosigkeit (besonders der Jugendarbeitslosigkeit) eine Ton-Dia-Schau zur Jugendarbeitslosigkeit zu produzieren, die die Lage der arbeitslosen Jugendlichen "von ihren Vorstellungen her" beschreiben sollte.

Die Jugendlichen sollten dafür interessiert werden, "ihre Erfahrungen darzustellen, in Gruppengesprächen zu durchleuchten und diesen Diskussionsprozess zu dokumentieren. Neben dem Schwerpunkt der gemeinsamen Produktionserfahrungen lag das Ziel des Unternehmens darin, Öffentlichkeit von der Seite der Betroffenen, in Jugendgruppen, bei künftigen Erziehern, Sozialarbeitern und Lehrern anzuregen."

Bereits in der allgemeinen Zielsetzung und in der Herangehensweise wird deutlich, daß das Projekt in erster Linie untersuchenden und nicht eingreifenden Charakter hat, daß die Medien in erster Linie als Mittel der Dokumentation, der Selbstdarstellung und Erfahrungsverarbeitung begriffen werden, wobei die Artikulation und Verarbeitung von Erfahrungen hauptsächlich über Gespräche, Gruppendiskussionen und das Medium Ton-Dia-Schau erfolgt.

Medienkonzeption, Zusammenarbeit mit den Jugendlichen

Die Berliner gehen davon aus, daß Medienarbeiter/Pädagogen nicht als Experten auftreten können "die von den zu Befragenden nur noch Antworten haben wollen, die sie sowieso schon kennen"; wenn das Ziel der Arbeit sein soll, daß die Jugendlichen ihre eigenen Erfahrungen artikulieren und aufarbeiten.

Die Berliner Gruppe bemüht sich um eine längerfristige Form der Zusammenarbeit mit den Jugendlichen, bei der es ihnen darum geht, mit den Jugendlichen "in eine Formulierung ihrer Probleme einzutreten, wobei unser Wissen als Anfrage an ihre Erfahrung dient, sowie ihre Erfahrung eine Anfrage an unser Wissen darstellt. Unsere Haltung gegenüber den arbeitslosen Jugendlichen war davon geprägt, daß weder wir noch die Jugendlichen über eine eindeutige Interpretation ihrer Situation verfügen und daß die Produktion einer Ton-Dia-Schau einen Schritt auf dem Weg dorthin darstellt, gemeinsam eine solche Interpretation zustandezubringen."

Kennzeichnend für die Medienarbeit als "Form politischer Bildung", wie sie die Berliner verstehen, ist der "Handlungsforschungsansatz" und die Interview-Form.

Ein Frageraster zum Thema Jugendarbeitslosigkeit wird entwickelt, das allerdings für den gesamten Lebenszusammenhang offen sein soll und anhand dessen die Jugendlichen miteinander und mit den Medienarbeitern ins Gespräch gebracht werden.

Dabei bleibt die Medienarbeit im engeren Sinne weitgehend Sache der Spezialisten. Die Geräte (Tonband und Fotokamera) sind ihre Instrumente, werden von ihnen benutzt, um die Erfahrung des Lebenszusammenhangs der Jugendlichen zu dokumentieren und zu untersuchen. Im Prozeß der Produk-

tion selbst haben sie die Funktion, Kontakte zu schaffen, Gespräche zu ermöglichen, das Gefühl zu vermitteln, daß am Ende ein Produkt stehen wird, und dadurch eine gewisse Ernsthaftigkeit bei den Gesprächen zu garantieren.

Die unmittelbare und direkte Konfrontation der Jugendlichen mit den mit Geräten (Tonband und Fotokamera) ausgerüsteten Medienarbeitern soll den Beobachterstatus der Medienarbeiter aufheben und den Kontakt mit den Jugendlichen ermöglichen. Uns scheint jedoch die Überbetonung der Möglichkeiten, über Medien mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, eher Ersatzfunktion zu haben, nämlich für den mangelnden (oder gar fehlenden) inhaltlich-politischen und persönlichen Zusammenhang mit den Jugendlichen: abgesehen davon, daß der "Beobachterstatus" und das "Außen vor stehen" des Medienarbeiters sicher nicht dadurch aufgehoben werden kann, indem er sofort und ständig mit seinen Arbeitsgeräten auftritt, um so aus der "Position eines beliebigen Besuchers" herauszukommen.

Zwar ist es Ziel, die Jugendlichen so weit wie möglich in den Herstellungsprozeß des Medienprodukts einzubeziehen, der Diskussionsprozeß aber, die unmittelbare verbale Artikulation und Strukturierung ihrer Erfahrungen stehen im Vordergrund. "Einer kontinuierlichen Teilnahme der Jugendlichen an der Produktion stand allerdings deren relative Bedeutungslosigkeit im Vergleich zu den dominanten Erfahrungen ihres Lebenszusammenhangs entgegen. Sie hatten zwar Interesse an der Produktion, aber doch nicht so, daß sie selbst stärker mitzubestimmen wünschten. Die Diskussionen waren ihnen wichtiger als das Produkt. Es war nicht ihre Idee gewesen, eine Ton-Dia-Schau über Jugendarbeitslosigkeit zu machen."

Die Berliner vertreten "keinen starren Anspruch nach Selbstproduktion durch die Jugendlichen", sie gehen davon aus, daß Eigenproduktion für die Jugendlichen erst dort in Betracht kommt, wo sie ihre Interessen bewußt wahrnehmen.

Ihre Medienarbeit verstehen sie als politische Bildungsarbeit, die auf die Erkenntnis der eigenen Interessen der Jugendlichen gerichtet ist und zwar vorrangig derer, die an der Produktion beteiligt sind.

Eine Vermittlung der im Produktionsprozeß strukturierten Erfahrungen und erkannten gesellschaftlichen Zusammenhänge mit dem Ziel, diese Erkenntnisse zu verbreiten und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, ist nicht intendiert. Die Kennzeichnung ihrer Medienarbeit als "Handlungsforschungsansatz" und die Reaktionen der Zuschauer bei Vorführungen lassen auch Bedenken aufkommen, ob die als primäre Adressatengruppe angegebenen arbeitslosen Jugendlichen und Hauptschüler als wirkliche Zielgruppe in Frage kommt. Während Pädagogen, Studenten und andere Gruppen, die über Fort- und Ausbildung erreicht wurden, von der Authentizität der Aussagen beeindruckt waren und etwa über die in der Ton-Dia-Schau vorgeführte "von Erfahrung ausgehende Lernform" diskutieren, haben "Betroffene oder in einer ähnlichen sozialen Lage Befindliche... zwar durchweg sehr aufmerksam auf das Produkt reagiert, ohne daß es jedoch gelang, systematische Diskussionen an die Vorführungen anzuschließen."

Das Produkt bietet den jugendlichen Zuschauern die Möglichkeit, sich mit den authentischen Aussagen und Bildern zu identifizieren, es bietet jedoch keine Ansatzpunkte für Lösungsmöglichkeiten, keine Handlungsperspektive.



Medienarbeit - Erfahrungsverarbeitung - Handlungsperspektiven

Das ist bereits im Projektansatz und im Produktionsprozeß angelegt und auch auf den verkürzten Begriff von Erfahrungsartikulation und -verarbeitung zurückzuführen. Dokumentiert werden nicht in konkreten Situationen, Konflikten und Aktionen sich bildende und artikulierende Erfahrungen, Lernprozesse und Handlungsschritte. Die Erfahrungsartikulation und -verarbeitung erfolgt vielmehr in "gestellten" Gesprächssituationen, in denen die Jugendlichen verbal über ihre Erfahrungen, die sie anderswo gemacht haben, berichten. D.h. die Erfahrungsartikulation und -verarbeitung wird aus ihrem unmittelbaren alltagspraktischen und politischen Zusammenhang herausgenommen und erschwert von daher auch ein direktes Eingreifen und Verändern der Erfahrungssituation und -bedingungen.

Für uns stellt sich hier die Frage, inwieweit es möglich und auch notwendig ist, die Artikulation und Aufarbeitung von Erfahrungen, Bedürfnissen und Interessen mit der Suche nach Lösungsmöglichkeiten zu verbinden, Medien nicht nur als (Selbst-) Erkenntnisinstrumente, sondern als organisierende Instrumente im Interesse der Veränderung der Lage der Jugendlichen zu benutzen.

Das erreichte Ergebnis der Arbeit, Stärkung des Selbstwertgefühls der Jugendlichen, wollen wir nicht in Frage stellen, auch nicht den als langfristig angesehenen Prozeß von Artikulation subjektiver Freizeitbedürfnisse und -interessen über Erkenntnis ihrer gesellschaftlichen Ursachen und Bedingungen bis hin zur Erkenntnis objektiver Interessen und dem aktiven Eintreten für deren Durchsetzung. Die Frage stellt sich uns vielmehr in dem Punkt, ob nicht dieser Prozeß in jedem einzelnen Projekt angelegt sein muß oder kann. Dabei meinen wir, daß - durchaus zu Lasten einer unfassen-

den Analyse, die ja auch bei dem Projekt nicht geleistet wird (werden kann), Einzelaspekte herausgegriffen werden können, die Handlungsmöglichkeiten über Medienarbeit hinaus aufzeigen.



Im ihrer Projektbeschreibung geben die Berliner selbst einen Hinweis auf Ansätze politischer Praxis an ihrem Produktionsort: "Wir waren im Jugendkeller Teil eines größeren Prozesses, der sich in dem immer bewußter artikulierten Anspruch eines Teils der Jugendlichen ausdrückte, den Jugendkeller in eigener Verwaltung zu führen. Auch dieses Ringen um Selbstverwaltung stellte sich äußerst widersprüchlich dar. Die Produktion der Ton-Dia-Schau stand in diesem Zusammenhang und blieb von ihm nicht unberührt, wie (sie) umgekehrt auf ihn zurückgewirkt hat." Leider geht weder aus dem Projektbericht noch aus der Ton-Dia-Schau selbst hervor, worin dieser gegenseitige Einfluß bestand. Wäre es möglich gewesen, mit Hilfe der Medien und Medienarbeiter in das Ringen um Selbstverwaltung unmittelbar einzugreifen, dem sich immer bewußter artikulierenden Teil der Jugendlichen die Medien zur Verfügung zu stellen? Sind vorhandene Medienprodukte über selbstorganisierte Jugendzentren und -initiativen eingesetzt worden?

Wir können nicht beurteilen, was im Einzelnen möglich und sinnvoll gewesen wäre. Wenn der Schwerpunkt auch auf dem Produktionsprozess liegt, so stellt sich uns doch die

Frage, ob nicht die Berliner starkes Gewicht auf das Resultat - oder besser ein Resultat - legen, das sie später auch vertreten können, weil sie es müssen. Sie haben zwar ein "für den gesamten Lebenszusammenhang offenes Frageraster", sind aber letztlich festgelegt auf ihr Thema, ihre Idee (und ein verwertbares Produkt). Der "Prozeßcharakter" der Arbeit bezieht sich also stark auf den Produktionsprozeß der Ton-Dia-Schau und deren Entwicklungsprozeß im Bewußtsein der Produzenten, weniger auf den praktisch-politischen Prozeß, der ja erklärtermaßen neben der Produktion stattfand.

Die politisch-pädagogische Funktion von Medienarbeit, die auch von den Berlinern über eine journalistische und künstlerische hinaus angestrebt wird, besteht unserer Ansicht nach gerade darin, daß sie Konsequenzen hat - nicht nur für die Untersuchung und die Erkenntnis, sondern für das unmittelbare politische Handeln der an der Produktion beteiligten Jugendlichen aber auch derer, die man über das Produkt erreichen will. Praktische Konsequenzen hat Medienarbeit jedoch nur, wenn sie versucht, über die Darstellung von Erfahrungen hinaus in den alltagspraktischen und politischen Prozeß und Lebenszusammenhang der Jugendlichen einzugreifen. Der eher sozialpsychologische Aspekt der Identitätsfindung und des Selbstwertgefühls hat zwar sicherlich auch eine politische Dimension, erscheint uns aber dennoch nur als ein Aspekt politischen Bewußtseins. Der Zusammenhang von Erkenntnis, Selbstbestätigung und Handeln muß unserer Ansicht nach in jeder Phase politisch-pädagogischer Medienarbeit enthalten sein.

Die Ton-Dia-Schau "Vielleicht kommt 'ne Arbeitsstelle an mir rangeflogen" ist zu beziehen über:

Medienzentrum, Tel.: (030) 852 32 62

Produktionsgruppe Jugend- und Bildungsarbeit

Wielandstraße 42 a

1000 Berlin 41

Kabelfernsehen in der BRD

Teil 1: Pilotprojekte in Sicht?

Mit diesem Artikel beginnen wir uns mit den im Telekommunikationsbericht der KTK geplanten Pilotprojekten für die Einrichtung von Kabelfernsehen in der BRD auseinanderzusetzen. Damit wollen wir zur Einschätzung und Klärung der politischen und medienpraktischen Bedeutung des Kabelfernsehens, seiner Widersprüche und Möglichkeiten für alternative Medienarbeit beitragen.

Wir können dabei jeweils nur verschiedene Aspekte - und diese oft nur bruchstückhaft - einbringen, hoffen aber im Rahmen weiterer Artikel zu einer umfassenderen Darstellung und Klärung des Problembereiches zu kommen.

Dieser Artikel soll eine erste Darstellung sich abzeichnender Pilotprojektmodelle geben, wie sie sich im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Kabelfernsehplanung in Kassel und im Saarland entwickelt haben.

Der Telekommunikationsbericht der KTK empfiehlt Pilotprojekte.

Ausgangspunkt für die aktuelle Diskussion über die Einrichtung und Durchführung von Kabelfernsehen ist der Telekommunikationsbericht der "Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems" (KTK), die Ende 1973 gebildet wurde und im Januar dieses Jahres ihren Bericht übergeben hat.

Die Empfehlungen des vorgelegten Schlußberichts haben drei Schwerpunkte (wobei den beiden ersten Vorrang eingeräumt wird) :

- Das Fernsprechnetz ist mit dem Ziel der Vollversorgung aller Haushalte auszubauen

- Neue Dienste auf vorhandenen Netzen (Fernkopien, Bürofernschreiben, Bildschirmtext) sind möglich
- Modellversuche auf breitbandigen Kabelnetzen (mit max. 30 Fernsehkanälen) sind durchzuführen

Auf die beiden ersten Empfehlungen kann hier nicht näher eingegangen werden. Die Empfehlungen zur Einführung und zum Ausbau der sog. breitbandigen Telekommunikation lassen sich wiederum in drei Vorschlägen zusammenfassen:

- Vollversorgung mit den zur Zeit angebotenen Rundfunkprogrammen. Die noch vorhandenen Versorgungslücken sollen entweder auf drahtlosem Weg oder durch Verkabelung geschlossen werden.
- Kabelfernseh-Pilotprojekte zur Klärung der Frage, ob Bedarf an mehr bzw. neuen Fernsehprogrammen sowie an neuen "Veranstaltungsinhalten" und sonstigen Nutzungen besteht.
- Förderung der Forschung, Entwicklung und Erprobung neuer Nachrichtentechnologien (z.B. Einsatzfähigkeit der Glasfaser als Kabel-Leiter)

Zur Einrichtung von Pilotprojekten mit Breitbandkabelsystemen heißt es in dem Bericht:

"Da die Einrichtung eines bundesweiten Breitbandverteilnetzes wegen des Fehlens eines ausgeprägten und drängenden Bedarfs heute noch nicht empfohlen werden kann, und da neue Inhalte - auch solche, die nicht Rundfunk sind, - erst der Entwicklung bedürfen, werden zunächst Pilotprojekte (Modellversuche) mit Breitbandkabelsystemen empfohlen."

Nach den Vorstellungen der Kommission sollen in den Pilotprojekten "primär alternative Telekommunikationsformen und deren technische Varianten sowie außerdem alternative Organisationsformen der Trägerschaft von Breitbandverteilnetzen getestet werden."

Dafür empfiehlt die Kommission das sog. "Trennungsmodell":

Wer ein Kabelnetz errichtet und betreibt, soll keinen

Einfluß auf die Inhalte nehmen und deshalb keine Programme veranstalten dürfen. Als Netzträger werden - im Rahmen von mindestens drei Pilotprojekten (mit je ca. 10 000 Anschlüssen) - die Deutsche Bundespost, Gemeinden bzw. deren Eigenbetriebe und ein Privatunternehmen vorgeschlagen.

Der Frage der Programmgestaltung ist die Kommission ausgewichen. So wird lediglich appelliert, daß "im Rahmen der zeitlich (etwa 5 Jahre) begrenzten Projekte (...) rechtliche Wege gefunden werden (sollten)", und daß diese Situation "durch entsprechende politische Entscheidungen möglichst eindeutig zu klären (sei)."

Parteien zum Kabelfernsehen: öffentlich-rechtlich oder privat

Die herrschenden politischen Positionen zur Errichtung von Kabelfernsehversuchen sind in den medienpolitischen Aussagen der drei im Bundestag vertretenen Parteien vor-gezeichnet.

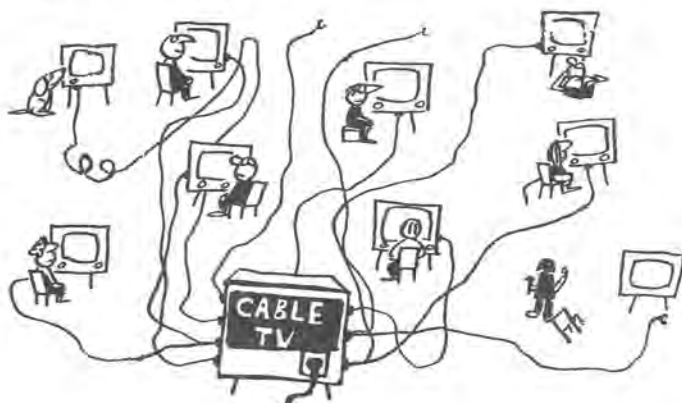
Die SPD sieht Entwicklungsmöglichkeiten für KTV vor allem im lokalen Bereich, hier auch mit "beträchtlichem Emanzipationspotential".

"Daher sollten weitere lokale Kommunikationsträger nicht als selbständige Einrichtungen (als Lokalsender) neu geschaffen, sondern bestehenden Rundfunkanstalten als zusätzliche ausschließlich aus Teilnehmergebühren zu finanzierende Leistungen übertragen werden. Eine solche Entwicklung wird Minderheitsgruppen in der Gemeinde neue Ausdrucksmöglichkeiten geben. In den kommenden Jahren wird der Ausbau des Kabelnetzes neue und wirtschaftlich realisierbare Möglichkeiten für lokale Kommunikation bringen." (aus "die Massenmedien", Beschlüsse des Parteitages 71 zur Medienpolitik)

Die FDP äußert sich in ihren Wiesbadener Leitlinien zur Medienpolitik dahingehend, daß die Nutzung der technischen Übertragungsmöglichkeiten über Kabel von privatwirtschaftlichen Interessen frei bleiben müsse.

Die CDU/CSU formuliert dazu in ihrem "Medienpolitischen Grundsatzpapier":

"Die kabelgebundene Hörfunk- und Fernsehübertragung nimmt an Bedeutung zu. Die Kabelsysteme in der BRD dürfen gegenwärtig nur zum Empfang bestehender Fernsehprogramme benutzt werden (...)



Das geltende Rundfunk-Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollte nicht automatisch auf die neuen technischen Systeme ausgedehnt werden, weil diese die Voraussetzungen ändern, unter denen es entstanden ist. Es erweist sich z.Z. als Hemmnis für die Entwicklung und Nutzung. Eine Auflockerung soll es ermöglichen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu sichern, zugleich aber andere dafür qualifizierte Kräfte an der Nutzung der neuen Systeme teilhaben zu lassen."

Damit werden insbesondere die Interessen der Verleger unterstützt, in neue AV-Kommunikationsformen im Bereich der lokalen Berichterstattung (wie Bildschirmzeitung, Beteiligung an KTVs etc.) zu investieren.

Die Auseinandersetzungen in Kassel und im Saarland

Deutlichere Positionen beziehen die Parteien in den Auseinandersetzungen um das "Positionspapier für das geplante Demonstrationsprojekt eines Zweiweg-Kabelfernsehens in Kassel" (das im Juni 1975 veröffentlicht und von der CDU als "sozialistische Nacht- und Nebelaktion" angegriffen worden war) und um den Antrag der saarländischen SPD auf Streichung der sog. Privatfunkklausel im saarländischen Rundfunkgesetz (Juli 1976).

In einem Arbeitspapier der Medienkommission der hessischen CDU zum Positionspapier der Hessischen Landesregierung wird ein neun-Punkte-Programm zur "Mitwirkung privater Initiativen" referiert:

- Lokalrundfunk ist zwar "Rundfunk", aber nicht schon deshalb ausschließlich öffentlich-rechtlich organisierbar, denn die gesellschaftlich relevanten Kräfte wirken gerade im Lokalbereich auch in privatrechtlichen Konstruktionen, beispielsweise in wirtschaftlicher Hinsicht, mit.
- Im Bereich der Vermittlung lokaler Information ist die Presse bevorzugt zu berücksichtigen, die hier schon immer als Informationsvermittler tätig ist und über ausgedehnte Erfahrungen und wichtige Hilfsmittel verfügt.
- Eine öffentlich-rechtliche Organisationsform im Sinne des Fernsehurteils des Bundesverfassungsgerichts ist wegen der verfügbaren großen Anzahl von Kanälen in Breitband-Kabelnetzen nicht zwingend. Für den Versuchsbetrieb bei Pilotprojekten wäre eine ausschließlich öffentlich-rechtliche Organisationsform ohne Nutzen, weil sie lediglich zu einseitigen Versuchsergebnissen führen könnte. (...)

Als Möglichkeiten für Versuche "Freier Initiativen" wird in einer Erklärung der CDU-Pressestelle im Hessischen Landtag vorgeschlagen:

"Überregional (ist) dabei an die Teletext-Bildschirm Zeitung der lokalen Zeitung in der Bild-Austastlücke des ersten oder zweiten Fernsehprogramms zu denken. Zusätzlich hierzu könnte eine konkurrierende Bildschirm-Zeitung gleichen Systems eines anderen privaten Veranstalters gesendet werden. Auch (ist) an ein Teletext-Informationssystem mit großem Informationsvolumen (eigener Fernsehkanal) zur Abfrage von Informationen und stehenden Bildern gedacht. Im lokalen Bereich (stellt) sich die Unionskommission ein lokales Hörfunkprogramm der lokalen Zeitung in Konkurrenz zu anderen Hörfunkprogrammen freier Träger und ein lokales Fernsehprogramm der lokalen Zeitung in Verbindung mit anderen Veranstaltern vor."

Die CDU will überdies "energisch für eine Neudefinition des Rundfunkbegriffes eintreten...Vielmehr kann auch eine Gesellschaft privaten Rechts Träger von Rundfunkveranstaltungen sein, wenn sie nach ihrer Organisationsform hinreichend Gewähr bietet, daß in ihr in ähnlicher Weise wie in den öffentlich-rechtlichen Anstalten alle gesellschaftlich relevanten Kräfte zu Wort kommen und die Freiheit der Berichterstattung unangetastet bleibt."

Den größten Spielraum für privaten Rundfunk als auch für privat betriebenes Kabelfernsehen bietet das Rundfunkgesetz des CDU regierten Saarlandes.

Vor einigen Wochen wurde im saarländischen Landtag der Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung der sog. Privatrundfunkklausel aus dem Rundfunkgesetz (nach der die Landesregierung Konzessionen für den Betrieb von Rundfunk an Private vergeben kann) abgelehnt. Das Saarland bleibt damit weiter das einzige Bundesland, in dem ein Rundfunkgesetz private Sender zuläßt.

Für ein entsprechendes Kabel-Pilotprojekt kündigte die CDU an: "Das Saarland ist in der BRD das einzige Land,

das (...) rundfunkrechtlich (...) in der Lage wäre, ein Pilotprojekt im Bereich des Kabelfernsehens unter Beachtung dieser Privatforderung durchzuführen. Diese Möglichkeit sollten (...) wir uns nicht verbauen."

Entspricht die Position der CDU zum Kabelfernsehen insgesamt den direkten Interessen von Verlegern und Industrie stellen sich die Positionen der SPD/FDP regierten Länder vermittelter dar.

Zu den von der KTK vorgeschlagenen Modellen der Netzträgerschaft heißt es in einer Erklärung der Bundesregierung vom 19.7.76, die auch die Position der SPD/FDP regierten Bundesländer wiedergibt,:

"Die Neutralität der Deutschen Bundespost, ihre betrieblichen Erfahrungen und die in ihren Fernmeldenetzen vorhandenen Voraussetzungen lassen es sinnvoll erscheinen, die Netzträgerschaft von Pilotprojekten der Deutschen Bundespost zu übertragen." Weiter wird bezweifelt, ob eine gleichmäßige Versorgung des Bundesgebietes auf der Grundlage privatwirtschaftlicher oder kommunaler Netzträgerschaft überhaupt realisierbar ist.

In der Frage der Programmgestaltung wird in den SPD/FDP regierten Ländern entsprechend der schon beschriebenen Richtlinie verfahren, nach der lokale Kommunikations-träger an bestehende Rundfunkanstalten angegliedert werden sollen.

Die wohl weitestgehenden Vorstellungen in diese Richtung sind in der "Gedankenskizze des Hessischen Rundfunks zum Kabelfernsehversuch" enthalten.

Einige Ausgangspunkte der "Gedankenskizze", die sich ausdrücklich als "Diskussionsbeitrag einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt" zu den Empfehlungen der KTK definiert, sollen im folgenden wiedergegeben werden:

"Ein kabelspezifisches Fernsehen muß sich in den Programminhalten, in den Programmformen, vor allem aber in der Art der Programmherstellung, von den kabellos ver-

breiteten Programmen unterscheiden."

"Das Kabelfernsehen kann zu wesentlichen Teilen seines Programms von den Bewohnern des Sendegebiets für die Bewohner des Sendegebiets gemacht werden, von Betroffenen für Betroffene."

"Das Kabelfernsehen kann Problem- und Erfahrungsbereiche erschließen, die sowohl den Überregionalen Programmen insgesamt als auch den in ihnen arbeitenden Redakteuren und Reportern fremd und unzugänglich sind."

"Das Kabelfernsehen sollte auch einfach als technisches Angebot installiert werden, das den Bewohnern zur Benutzung freisteht für Programmvorhaben aller Art innerhalb der gesetzlichen Grenzen."

Rechtlich-organisatorisch wird vorgeschlagen:

"Bei einem lokalen Kabelfernsehprogramm handelt es sich um die Veranstaltung von Rundfunk."

"Die möglichen Formen der Mitwirkung der Presse (...) reichen von der Auftragsproduktion für Einzelsendungen über die Zusammenarbeit in einer gemischten Gesamtedaktion bis zur Beauftragung mit der ständigen Erstellung bestimmter Programmsparten. Diese Kooperation läßt sich auch in geeigneten Formen organisatorisch verfestigen."

Zur Finanzierung:

Eine Finanzierung aus den allgemeinen Gebührenaufkommen sei nicht vertretbar, stattdessen sollen Zuschläge bei den Teilnehmern erhoben werden.

Technisch sollen vorzugsweise Videokameras und Videoabspielgeräte benutzt werden, aus Qualitätsgründen Anlagen kommerzieller Art; zusätzlich Reporterwagen und Filmabtaster für Super-8 Filme. Veranschlagte Kosten für Studio und Außendienst ca. 6-8 Millionen DM)

Personell soll ein Team angestellt werden, das aus einem Studioleiter und 6-8 redaktionellen Mitarbeitern besteht. Sie müßten Moderations- und Reporteraufgaben wahrnehmen können, aber auch in der Lage sein "Laien zu integrieren

und Bürger zu passiver und aktiver Beteiligung (....) zu motivieren."

In einer Anlage der "Gedankenskizze" werden auch einzelne Programmangebote vorgeschlagen: z.B. "Heute in Kassel", "Bürger fragen Prominente", "Fragen Sie uns - Kassler Journalisten nehmen sich ihres Falls an", "Aus dem Vereinsleben", "Meckerecke", "Hobbyrunde", "Die offene Studio-Veranstaltung in einem Laden der City", "Das Rathaus Podium", "Verbraucherforum" u.a.



Werden in einigen Vorschlägen und Formulierungen allgemeine Vorstellungen aufgegriffen, die auch fortschrittliche Medienarbeiter vertreten, so werden diese doch durch diverse Einschränkungen wieder zurückgenommen oder aufge- weicht. Einige sollen im folgenden genannt werden:

- Die finanzielle Belastung schränkt den Teilnehmerkreis von vornherein ein; offene Widersprüche wie "freie Benutzung innerhalb der gesetzlichen Grenzen" bleiben ungeklärt; die Programmanschläge lassen wenig Raum für eigene Programmgestaltung.
- Die Berufung der SPD auf die öffentlich-rechtliche Organisationsstruktur des Rundfunks unter Beteiligung der Presse (Gründung einer Tochtergesellschaft des Hessischen Rundfunks mit 50%Beteiligung der Presse) stellt eine erhebliche Modifizierung der öffentlich-rechtlichen Organisationsstruktur dar. Private Medienunternehmen können somit doch auf die Programmgestaltung Einfluß nehmen.
- Mit der Erkundung der Bedürfnisstruktur sollen Aussagen über das wirtschaftliche Investitionsvolumen der Rundfunkanstalten bzw. der Geräteindustrie gewonnen und auf die Gewinnerwartungen der Industrie eingegangen werden.
- Mit der Untersuchung der Ausweitung neuer Programme und Kommunikationsformen sollen politische Wirkungstests durchgeführt werden, inwieweit das politische System der repräsentativen parlamentarischen Demokratie durch direkte Interessenvertretung der Bevölkerung selbst gefährdet wird.

Thesen:...

Zum Schluß sollen - thesenartig - Schlußfolgerungen formuliert werden, die wir in der bisherigen Auseinandersetzung mit der Kabelfernsehplanung in der BRD gezogen haben. Sie sollen auch ein Hinweis sein, in welche Richtung noch weitergearbeitet werden sollte.

1.

Die Diskussion um das Kabelfernsehen muß einerseits auf dem Hintergrund einer sich entwickelnden Kommunikationstechnologie gesehen werden, die sowohl für direkt beteiligte Industriebranchen (Elektroindustrie, Kabelindustrie, Werbewirtschaft, Verleger) immense Profite verspricht, wie auch den Interessen des "Gesamtkapitals" an einer Verbesserung der "Infrastruktur" auf dem Kommunikationssektor (Verbesserung des Produktions- und Dienstleistungsablaufs) im Rahmen einer sich international verschärfenden kapitalistischen Konkurrenz entspringt.

2.

Sowohl in den privaten, als auch in den öffentlich-rechtlich organisierten Medien ist die direkte Artikulation der Betroffenen weitgehend ausgeschlossen.

Die bisherige Diskussion um das Kabelfernsehen ist zum einen geprägt vom Versuch privater Industrie- und Meinungsmonopole, kommerzielles Fernsehen durchzusetzen und Einfluß auf Programmgestaltung und -inhalte über das Medium Fernsehen zu erlangen. Zum anderen werden Vorstellungen entwickelt, die weitgehend geprägt sind von der Tatsache, gesellschaftliche Konflikte in den Massenmedien nicht länger ausgrenzen zu können und einer notwendig gewordenen Erneuerung politischer Legitimation und sozialstaatlicher Ideologie entgegenzukommen, die auch auf Medienprodukte in lokalem Fernsehen verwiesen ist, in denen sich tendenziell gesellschaftliche Erfahrungen direkt organisieren und strukturieren. (Sendungen von Betroffenen für Betroffene etc)

3.

Würde die privatwirtschaftliche Organisation von Kabelfernsehen von vornherein die ökonomischen und politischen Interessen der großen Konzerne direkt zum Ausdruck bringen, kann jedoch die bestehende öffentlich-rechtliche Organisationsstruktur auch keine Alternative sein, lokales TV im Interesse der von den herrschenden Massenmedien Aus-

geschlossenen durchzuführen, Parteienproporz der bürgerlichen Parteien, Ausgewogenheitsforderungen, Zensur, Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit etc. machen die Grenzen deutlich, an denen auch ein öffentlich-rechtlich organisiertes Kabelfernsehen unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht vorbeikommt.

4.

Alternative Medienarbeit, d.h. der Versuch, Gegenöffentlichkeit durch und mit den Betroffenen herzustellen, emanzipatorischen Mediengebrauch in politischen Lernprozessen und Konflikten durchzuführen und in kollektiver Produktion zu praktizieren ist unter den gegenwärtigen Bedingungen weitgehend auf die Selbstorganisation und Eigeninitiative von Initiativen und Gruppen verwiesen. (Medienzentren, Videogruppen, alternative Zeitungsgruppen, Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen, politische Gruppen und Organisationen, Gewerkschaften u.a.)

Nur auf der Grundlage und durch den Druck solcher kontinuierlich arbeitender Initiativen wird es auch möglich sein, partiell fortschrittliche Ansätze und Organisationsformen in die geplanten Kabelfernsehprojekte einzubringen und durchzusetzen.

Wir hörten und staunten

"Über die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten. 2. Teil"

Ein Herr meldet sich bei uns.

ER ist freier Mitarbeiter des NDR 3 (Hörfunk)

ER hat "schon lange keinen Job mehr gehabt"

ER muß "was über Mediengruppen in Norddeutschland machen"

ER recherchiert und "war auch schon im Medienladen und MP2"

ER kann "das nicht verstehen, daß man dort so unfreundlich war"

ER redet viel.

ER lädt uns zu sich ein.

ER hat "noch einen guten Wein und ein paar Fragen"

WIR (MEFU) kommen zu ihm.

ER hat einen Haufen Blätter, "die noch strukturiert werden".

WIR beginnen erneut unsere Arbeit darzustellen.

ER hat "offensichtlich noch eine Menge Unklarheiten."

WIR reden von Videoarbeit im STADTTTEIL.

ER redet vom Videoeinsatz auf KINDERGEBURTSTAGEN.

WIR reden von alternativer Medienarbeit.

ER findet "das im Ansatz höchst brisant".

ER schreibt mit.

WIR fragen wie er sich denn die Sendung vorstellt.

ER hat "da so seine Ideen"

ER will "ein round-table-Gespräch mit Hörfunkleuten

Fernsehleuten

Medienleuten

HfBK-Leuten

Behördenleuten"

WIR finden das ganz gut.

ER will "aber keinerlei Versprechungen machen".

WIR möchten die Konzeption zugeschickt bekommen.

ER kann "das auf keinen Fall machen".
 ER meint "der Redakteur spielt da nicht mit".
 WIR erklären die Mitglieder müßten zustimmen.
 ER findet "das eigenartig, weil er doch was GUTES tut."
 WIR sagen, das wäre Vereinsbeschluß.
 ER findet "das komisch".
 WIR möchten den Sendetermin erfahren.
 ER weiß "noch gar nichts genaues".



ER will "sich melden wenn er mit dem Redakteur gesprochen hat"

WIR hören ein paar Tage später durch Zufall von einer Sendung im NDR 3 Hörfunk, von Bildschirm und Leinwand, aktuelle Informationen, Mediengruppen in Norddeutschland.

WIR hören und staunen.

ER hat sich nicht wieder gemeldet.

ER hat sein Geld gemacht.

ER ist zufrieden.

WIR kommen uns übers Ohr gehauen vor.

(Wird fortgesetzt ?)

"Videoarbeit in der Hochschulausbildung" Tagung in Berlin

Vom 2.- 4.Dezember 1976 findet in Berlin eine Tagung zum Thema "Videopraxis in der Hochschulausbildung" statt, die von der Pädagogischen Hochschule Berlin (Abt. 1/Sozialpädagogik, Lehrstuhl Thürmer-Rohr, zusammen mit G.Conradt, J. Claus, W.Heckmann) und der Berliner Hochschule der Künste (FB Visuelle Kommunikation, Lehrstuhl Ramsbott, zusammen mit U.Weber) vorbereitet und organisiert wird.

Zur Information und Vorbereitung dieser Tagung wurden bisher zwei Informationspapiere verschickt, in denen die Überlegungen der Berliner zum Tagungskonzept, sowie Antworten und Vorschläge aus Bielefeld, Bremen, Hamburg, München, Münster und Berlin zusammengefasst sind.

Ein drittes Informationspapier wird Mitte November verschickt werden.

Zur Konzeption der Tagung

Die Tagung soll einen Beitrag leisten, die verschiedenen Ansätze von Videopraxis im Hochschulbereich "aufzugreifen, zusammenzufassen und fortzuführen mit dem Ziel, erste Schritte zur curricularen Planung von Medienarbeit im Hochschulbereich zu tun und gegebenenfalls die Institutionalisierung eines überregionalen Diskussionsforums einzuleiten." (aus Informationspapier 1)

Die Fragestellungen und die Diskussion sollen sich dabei auf den Einsatz von Video "als Untersuchungsinstrument und als hochschuldidaktisches Mittel" konzentrieren:

"Videoarbeit im Hochschulbereich wird eingesetzt und soll qualifiziert werden als Untersuchungsinstrument und als hochschuldidaktisches Mittel (...)

- Video als Untersuchungsinstrument soll heißen, mit dem Instrument untersuchend tätig zu werden, ausgehend von formulierten, inhaltlichen Thesen über den Untersuchungsgegenstand. Ziel dieser Tätigkeit ist es, im Prozess der ständigen Überprüfung und Korrektur der anfänglichen Annahmen über den zu untersuchenden Ausschnitt der Realität zu einer präziseren und richtigeren Erfassung und Wiedergabe des Gegenstandes zu gelangen.
- Video als hochschuldidaktisches Mittel soll heißen, mit Hilfe des Instruments Video, Informationen und Erkenntnisse im Hochschulunterricht zu vermitteln, Lernmotivation zu wecken und Kommunikationsstrukturen im Lehr- und Lernbereich aufzugreifen und zu analysieren." (aus Informationspapier 1)

Wir meinen, daß hier zwar zwei an Hochschulen gängige Ansätze von Videoarbeit (oder Medienarbeit allgemein) angesprochen werden, daß aber mit dieser Bestimmung der Bereich der Videoarbeit als eingreifende politisch-pädagogische Medienarbeit, wie er sich in den letzten Jahren auch an einigen Hochschulen entwickelt hat, nicht berücksichtigt wird.

Videoarbeit als eingreifende Medienarbeit meint dabei, Video nicht nur als "Instrument zur Abbildung und Wiedergabe von Realität", zur 'Visualisierung und Veranschaulichung von Thesen und Hypothesen' zu benutzen, sondern als ein Mittel, Lebenszusammenhänge, Erfahrungen, Interessen und Kämpfe darzustellen, aufzuarbeiten und zu vermitteln: als ein Mittel, das in politische und alltagspraktische Zusammenhänge eingreift und praktisch-wirksam wird und zur Organisation von Erfahrung und Gegenöffentlichkeit und zur kulturellen und politischen Selbsttätigkeit der arbeitenden und lernenden Bevölkerung beiträgt.

Auf diesem (hier nur allgemein skizzierten) Hintergrund

sind im Rahmen der Ausbildung an der Hochschule für Bildende Künste Hamburg und der Arbeit von Hamburger Mediengruppen mehrere Projekte entstanden, in denen Video in aktuellen Hochschulkonflikten (materielle Ausbildungssituation, Berufsverbote, Hochschulrahmengesetz, Berufsperspektive etc.), sowie in anderen gesellschaftlichen Konflikt- und Lebenszusammenhängen (Jugendfreizeitbereich, Streiksituationen im Betrieb, Stadtteilkonflikte, Unterdrückung der Frauen u.a.) eingesetzt wurde.

Zweifellos bringt diese Konzeption von Videoarbeit im Rahmen der Hochschulausbildung auch eine Reihe von Problemen und Schwierigkeiten mit sich, die auf der Tagung in der Auseinandersetzung mit anderen Ansätzen sicher zu diskutieren sind.

Struktur und Ablauf der Tagung

Nach den Vorstellungen der Berliner soll die "Struktur für die inhaltliche Bestimmung des Tagungsablaufs" wie folgt aussehen:

1. Allgemeine Produktionsbedingungen
 - Bildungsauftrag der Hochschulen
 - mögliche Ausbildungsziele
2. Bedingungen des Produktionsprozesses
 - technische Ausrüstung/Verfügbarkeit der Geräte
 - Auswirkung der Studienbedingungen auf die Produktionen
3. Intentionen der Produzenten

Unsere Vorstellungen sind, daß zu den einzelnen Inhaltsbereichen Vorschläge gemacht werden, die anhand von Videomaterial konkretisiert werden sollen." (aus Informationspapier 2)

Wir würden es besser finden, wenn man von den unterschiedlichen Projekten ausgehen würde (die thematisch oder nach Arbeitsbereichen zusammengefasst werden könnten) und wenn die oben genannten Fragestellungen und Probleme (die sicher zu ergänzen wären) in die Darstellung und Diskussion der

Projekte miteingehen würden.

Eine solche Vorgehensweise würde die Projekte und das Videomaterial unserer Meinung nach nicht so 'auseinanderreißen' und die Bedingungen, Zielsetzungen und Schwierigkeiten von Videoarbeit an der Hochschule könnten besser in ihrem Zusammenhang diskutiert werden.

(Wir werden in einem späteren Info über den Verlauf und die Ergebnisse der Tagung berichten)

Weitere Informationen über die Tagung:

Kontaktadresse:

Pädagogische Hochschule Berlin

Malteserstr. 74 - 100

1000 Berlin 46

Neue Videofilme im MPZ- Videoverleih

"Kinderhaus - Wir machen weiter"

Videofilm, Okt. 1976, ca. 40min.

Prod.: MPZ und Kinder, Erzieher und Eltern des Kinderhauses

Anfang des Jahres gründeten einige Eltern und Erzieher in Hamburg den Verein Kinderhaus e.V. und bauten in Eigeninitiative eine alternative Kindertagesstätte für 60 Kinder auf.

Der Videofilm schildert die Entstehung der Kinderhausinitiative und den konkreten Aufbau des Kinderhauses. Er geht weiter ein auf das pädagogische Konzept und die Auseinandersetzungen mit den staatlichen Behörden um die Bewilligung von Baukostenzuschüssen und der staatlichen Pfl-

gesätze, die die Behörde bis heute verweigert. Die Gründe reichen von 'mangelnder Bedarf', 'kein Geld', bis hin zu Zweifeln am pädagogischen Konzept.

Der Videofilm dokumentiert weiter Aktionen, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit der Kinderhausinitiative und die breite Solidaritätsbewegung zur Unterstützung des Kinderhauses.

"das kann jedem passieren"

Polizeieinsatz gegen Druckerei

Videofilm, Okt. 1976 ca. 20 min.

Prod.: MPZ und Druckerei Hardebek

Anlaß des Videofilms war eine Polizeiaktion im September gegen die Druckerei Hardebek (Schleswig-Holstein), die in einer Nacht- und Nebelaktion von über 80 Polizisten "generalsstabsmäßig" durchsucht worden war.

In dem Videofilm berichten die Betroffenen über den Verlauf der Polizeiaktion: MEK, Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz und uniformierte Polizei hatten in dieser übungsmäßig angelegten Aktion das Haus umstellt und drei Stunden lang durchsucht.

Eine Stellungnahme des zuständigen Polizeibeamten und Interviews mit Dorfbewohnern, sowie der Verlauf der Berichterstattung in Presse und Rundfunk über die Aktion dokumentieren die Entwicklung danach.

In einer anschließenden Gesprächsrunde versuchen die Betroffenen die Polizeiaktion einzuschätzen und ihre Erfahrungen auszuwerten.

(vgl. auch Bericht in diesem Info: "das kann jedem passieren")

Herausgeber dieser Informationen

MPZ

Medienpädagogik-Zentrum Hamburg e.V.
Grindelhof 59c
2000 Hamburg 13
Täglich außer Sonntags 18 bis 19 Uhr
Telefon 040 45 27 02

Mefu

Medienzentrum Fuhlsbüttel e.V.
Fuhlsbütteler Damm 93
2000 Hamburg 63
Mittwochs 15 bis 19 Uhr
Telefon 040 50 47 71

MAKS GRINDEL ALLEE 17
2000 HAMBURG 13

Und nicht vergessen:

Überweisungen an:
Medienpädagogik-Zentrum Hamburg e.V.
Grindelhof 59c
2000 Hamburg 13
PschA Hamburg, PSch-Kto Nr. 4373 - 2